

## **Niederschrift**

über die 4. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Kierspe am Dienstag, 04.05.2010, im Rathaus der Stadt Kierspe, Ratssaal, Springerweg 21, 58566 Kierspe

---

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 19.43 Uhr

### Anwesend:

Marie-Luise Linde	Stellvertretende Bürgermeisterin
Oliver Knuf	
Martin Kulosa	
Erich Mürmann	
Jürgen Rothstein	Vertreter für Armin Jung
Holger Scheel	Vertreter für Peter Schrade
Peter Christian Schröder	
Jürgen Tofote	
Uwe Treff	
Marc Voswinkel	ab 17.03 ab Pkt. 1.2
Clemens Wieland	

### Es fehlte:

Frank Emde	Bürgermeister
------------	---------------

### Von der Verwaltung anwesend:

Olaf Stelse	Beigeordneter
Axel Boshamer	Sachgebiet 32
Ute Kemper	Sachgebiet 10
Georg Seidel	Schriftführer

Die stellvertretende Bürgermeisterin Frau Marie-Luise Linde eröffnet und leitet die Sitzung. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

Sie fragt an, ob Bedenken bestehen, den Antragstellern der Anregungen die Gelegenheit zur Begründung ihres Antrages zu geben. Es ergibt sich kein Widerspruch.

Danach wird die Tagesordnung wie folgt abgewickelt:

## I. Öffentlicher Teil

### 1.1 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen

Herr Seidel teilt mit, dass es Beschlussempfehlungen für die folgende Ratssitzung gegeben hat. Zum Antrag der Fraktion Pro Kierspe zu mehr Transparenz in den Gesellschaften teilt er mit, dass alle Gesellschaften angeschrieben sind, damit ein Vorschlag erarbeitet werden kann. Da es keine Aufsichtsratssitzungen gegeben hat bzw. um Terminverlängerung gebeten wurde, kann die Vorlage erst zu einem späteren Zeitpunkt für den Hauptausschuss erarbeitet werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### 1.2 Anregung gem. § 24 GO NRW; hier: Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen - Vorlage 129

Frau Linde unterbricht die Sitzung und gibt Herrn Krämer Gelegenheit zur Begründung. Danach werden zur Vorlage der Verwaltung von mehreren Ausschussmitgliedern Fragen zur Justiziabilität bzw. sozialen Gefahrenpunkten und zur Überwachung gestellt, die von Herrn Boshamer beantwortet werden. Herr Mürmann ist der Ansicht, dass die Prävention wegen der Alkoholproblematik verbessert werden müsste und regt eine Beratung im Ausschuss für Soziales und Senioren an, weil es hier der Aufarbeitung bedarf.

Danach empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat einstimmig:

Die Anregung von Herrn Klaus Krämer gem. § 24 GO NRW wird nach inhaltlicher Prüfung zurückgewiesen.

### 1.3 Anregung gem. § 24 GO NRW; hier: Erhaltung der Luiseneiche in der jetzigen Form - Vorlage 133

Frau Barth erhält in einer Sitzungsunterbrechung die Gelegenheit, ihre Anregung zu begründen und überreicht eine wissenschaftliche Abhandlung, die eine Schweizer Studentengruppe erstellt hat.

Aus der Mitte des Ausschusses wird angeregt, zur Beratung im Ausschuss für Umwelt und Bauen den Sachverständigen hinzuzuziehen. Im Übrigen verweisen die Ausschussmitglieder, die sich an der Diskussion beteiligen, an die anstehenden Beratungen in der nächsten Sitzung des Ausschuss für Umwelt und Bauen.

Danach empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat einstimmig:

Die Anregung diverser Bürger und des BUND bezüglich des Fällens der Luiseneiche wird aufgenommen. Das Thema „Luiseneiche“ wird noch einmal in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Bauen beraten.

### 1.4 Anregung gem. § 24 GO NRW; hier: Einrichtung einer Umweltzone - Vorlage130

In einer Sitzungsunterbrechung erhält Herr Klaus Krämer die Möglichkeit seinen Antrag zu begründen.

Ohne Aussprache empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat einstimmig folgenden Beschluss:

Die Anregung des Herrn Klaus Krämer auf Einrichtung einer Umweltzone für Kierspe wird nach Prüfung abgelehnt.

1.5 Anregung gem. § 24 GO NRW von Herrn Thomas Thieme; Erlass von Hundesteuern - Vorlage 136

In einer Sitzungsunterbrechung erhält Herr Thieme Gelegenheit seinen Antrag zu begründen. Er verweist auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 und überreicht einen schriftlichen Antrag.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung teilt Herr Schröder mit, dass Hundesteuer sittenwidrig ist, zumindest müsste sie sozial verträglich sein. Er lehnt den Beschlussvorschlag der Verwaltung ab. Herr Kulosa hält Regelungen für nötig, um sozial Betroffenen zu helfen. Herr Stelse weist darauf hin, dass eine Ermäßigung aufgrund der finanziellen Lage der Stadt nicht möglich ist.

Mit neun Ja-Stimmen und zwei Stimmenthaltungen empfiehlt der Ausschuss dem Rat:

Der Anregung wird nicht stattgegeben.

1.6 Aktuelle Finanzdaten

Herr Stelse teilt mit, dass der Kommunalaufsicht ein Maßnahmenkatalog zur Durchführung von Investitionen zur Genehmigung vorliegt. Welche Maßnahmen durchgeführt werden können, bleibt abzuwarten. Die Verwaltung wird sich in Kürze mit der Kommunalaufsicht in Verbindung setzen, falls keine Erlaubnis eingeht.

In einem Antwortschreiben nach der Anzeige der Haushaltssatzung weist die Kommunalaufsicht mit, dass die vorgelegte Haushaltssatzung mit Haushaltssicherungskonzept (HSK) nicht den gesetzlichen Voraussetzungen entspricht, da der Haushalt nicht ausgeglichen ist und der Fehlbedarf nicht durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann. Auch im weiteren Finanzplanungszeitraum bis 2014 ist nach bisherigen Erkenntnissen mit unausgeglichenen Gesamtergebnissen zu rechnen. Das vorgelegte HSK kann damit nicht genehmigt werden. Es gilt die vorläufige Haushaltsführung. Aber auch wenn der Haushaltsplan somit lediglich der buchungstechnischen Abwicklung dient, sind die Steuersätze rechtmäßig!

Bezüglich der freiwilligen Leistungen fordert die Aufsichtsbehörde eine Aufstellung des Vorjahres, um feststellen zu können, ob freiwillige Leistungen reduziert wurden. Die geforderten Unterlagen sind zwischenzeitlich übersandt worden. Es hat nun noch eine Abstimmung der Kommunalaufsicht mit der Bezirksregierung zu erfolgen. Über den weiteren Stand wird berichtet.

Die in der vergangenen Woche veröffentlichte Kommunalumfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW, an der sich alle kreisangehörigen Mitgliedkommunen beteiligt haben, belegt, dass in diesem Jahr 143 Kommunen (von 359) ein HSK aufstellen müssen; 2009 waren es 45 Kommunen. Bei den Kommunen mit nicht genehmigten HSK wird es einen Anstieg von 35 (2009) auf 115 Kommunen geben. Bereits in diesem Jahr werden 198 Kommunen ihre Ausgleichsrücklage vollständig aufbrauchen.

Nach dem jetzigen Stand entspannt sich in Kierspe die Lage ein wenig bezogen auf die Gewerbesteuer. Derzeit beläuft sich das Anordnungssoll auf rd. 3.300.000 Euro bei einem geplanten Ansatz von insgesamt 2.800.000 Euro. Hier ist die weitere Entwicklung abzuwarten.

Besonders die heute angelaufenen Steuerschätzungen sind zu beachten, deren regionalisierte Ergebnisse in der kommenden Woche erwartet werden. Die ersten Prognosen gehen von enormen Steuereinbußen für die Kommunen aus, so dass die positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer zunichte gemacht wird.

Auf Anfrage von Herrn Wieland teilt Herr Stelse mit, dass alle Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II weiterlaufen werden. Zurzeit liegt der Kommunalaufsicht ein Maßnahmenkatalog vor. Welche dieser Maßnahmen durchgeführt werden bleibt abzuwarten. Die Verwaltung wird sich in Kürze mit der Kommunalaufsicht in Verbindung setzen, falls keine Ergebnisse vorgelegt werden.

Herr Schröder kritisiert, dass die Haushaltswirtschaft der Stadt mit dem nicht genehmigten Haushalt 2010 auf einem Tiefpunkt angelangt ist. Er missbilligt die Abwesenheit des Bürgermeisters, der in der heutigen Sitzung dazu keine Rede und Antwort stehen kann. Für die finanzielle Misere macht er die Mitglieder des Rates mit verantwortlich. Es wurde so getan, als wäre keine schlechte Finanzlage vorhanden. Das liegt in erster Linie am Verhalten des Bürgermeisters.

Frau Linde wehrt sich gegen die dreisten Ausführungen, zumal die Abwesenheit des Bürgermeisters wegen anderer dienstlicher Verpflichtungen zu erklären ist. Die anwesenden Ausschussmitglieder weisen die unredlichen Ausführungen zurück, zumal durch die Umstellung auf NKF bereits auf die zu erwartenden finanziellen Schwierigkeiten hingewiesen wurde. Die Finanzkrise tut ihr Übriges.

Der Ausschuss nimmt von dem Bericht Kenntnis.

#### 1.7 Einsatz eines Ratsinformationssystems und Änderung der Geschäftsordnung - Vorlage 139

Herr Schröder und Herr Kulosa unterstützen den Vorschlag der Verwaltung, ein Ratsinformationssystem anzuschaffen. Herr Tofote wünscht allerdings die Beibehaltung der bisherigen Arbeitsmaterialien in schriftlicher Form. Herr Stelse regt eine Prüfung an, ob das gesamte System angeschafft werden muss.

Danach beschließt der Hauptausschuss einstimmig:

Zur Verbesserung der Rats- und Ausschussarbeit schafft die Stadt Kierspe ein Ratsinformationssystem an. Die Verwaltung wird prüfen, welche Teile des Systems unabweisbar notwendig sind.

#### 1.8 Prüfung der Vernetzungsmöglichkeiten der Rats- und Ausschussmitglieder mit dem Internet/Intranet im Rathaus sowie die Einrichtung eines Hot Spots - Vorlage 140

Ohne Aussprache beschließt der Hauptausschuss einstimmig:

Von einer Vernetzung der Rats- und Ausschussmitglieder mit dem Internet/Intranet im Rathaus über WLAN und der Einrichtung eines öffentlichen Internetzugangs im Rathaus wird Abstand genommen.

#### 1.9 Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Kierspe - Vorlage 138

Herr Tofote begründet seinen Antrag, der von den Herren Mürmann und Kulosa positive Unterstützung findet.

Danach empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat einstimmig:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte 2. Änderung der Geschäftsordnung.

#### 1.10 Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden - Vorlage 137

Herr Seidel teilt mit, dass § 18 des Satzungsentwurfs um einen Satz 2 zu ergänzen ist: „Die Satzung über Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gem. § 26 GO NRW vom 01.03.1995 tritt zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft.“

Danach empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat einstimmig:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden im Gebiet der Stadt Kierspe.

#### 1.11 Neufassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Kierspe - Vorlage 132

Es ergeben sich Fragen zu einzelnen Sachverhalten, die den Herren Wieland, Knuf, Scheel, Rothstein und Mürmann im Verhalten der Bevölkerung aufgefallen sind. Diese beantwortet Herr Boshamer.

Danach empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat folgenden Beschluss:

Die Neufassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Kierspe wird beschlossen.

#### 1.12 Mitteilungen

Das Wort wird nicht gewünscht.

#### 1.13 Anfragen

##### 1.13.1 Herr Schröder fragt an, ob der Verwaltung „Drückerkolonnen“ bekannt sind, die an den Häusern betteln.

Herr Boshamer teilt mit, dass sich in Kierspe zurzeit eine solche Kolonne aufhält. Ein Pressehinweis ist veranlasst. Betteln ist nicht verboten. Die Stadt hat keine gesetzliche Grundlage, das Betteln zu verbieten.